

Deutsche Ausgabe

Administration: E. Peytrequin,
4, Louve, Lausanne, SchweizWir werden Entgegnungen auf unsere Aus-
führungen gern zum Abdruck bringen.

Der Nachdruck unserer Aufsätze ist gestattet.

Die Menschheit

Erscheint jeden Samstag

Jährlich 52 Hefte für 3 Fr. (Schweiz),
4 Mark (Deutschland), 5 Fr. (Andere
Länder). Mit der französischen Ausgabe
1 Fr. pro Jahr mehr.Einzelnummern:
3 Rappen (3 Pfennig).

Die Vereinigten Staaten der Erde

von Prof. Dr. A. Forel

II. Eine erreichbare Grundlage für die Vereinigten Staaten der Erde.

Wo ein starker, mit scharfem Verstand verbundener Wille ist, da ist auch ein Weg zum Ziel. In unserm Falle muss das Ziel ein bleibender Friede mit Aufhebung jeder Hegemonie der einzelnen Nationen, Sprachen- und Glaubensarten auf der Erde sein. Lassen wir die Sucht nach grösserwahn-sinnigen Eroberungen u. Beherrschungen bei Seite. Die wahre, u. offen gestandene Schwierigkeit einer allgemeinen Entwaffnung liegt für jede Nation in der Verteidigung, das heisst in der Gefahr der von aussen kommenden Uebergriffe. Nur eine internationale Verständigung zwischen allen Kulturnationen auf gerechten Grundlagen kann jener Gefahr vorbeugen; das Ende des gegenwärtigen Krieges wird dafür eine einzige Gelegenheit bieten. Ausser China, das übrigens im Begriffe steht, wieder Kulturnation zu werden, kommt der Rest barbarischer oder wilder Völker kaum noch in Betracht. Wir werden übrigens bei der Rassenfrage darauf zurückkommen. Gehen wir nun zu den Hauptpunkten über.

Damit ein Friedensbund der Erdenvölker möglich wäre, müssten sich zuerst sämtliche Kulturnationen auf der Grundlage der Rechtsgleichheit, sowohl für die Sprache als für den Glauben, wie sie zum Beispiel in der Schweiz besteht, unter sich verständigen. Eine der wichtigsten nachfolgenden Aufgaben würde ferner die Verwaltungsautonomie bilden, die jeder speziellen Gruppe oder Provinz mit eigener Sprache, Rasse oder Religion überlassen werden sollte. Man darf die Begriffe eines politischen Staates oder Reiches ja nicht mit dem Begriffe sogenannter Nationalität verwechseln. Russland, Oesterreich und die Schweiz sind z. B. Staaten, die aus verschiedenen Nationalitäten bestehen. In den beiden ersten sind letztere zum Teil unterdrückt (Finnen, Ruthenen, etc.), während sie in der Schweiz dank der durch unsere Verfassung zugesicherten Sprachen- und Glaubensfreiheit, sowie der Dezentralisation der Verwaltung, frei sind. Wenn man im genannten Sinne wirkt, wird man nach und nach in hohem Masse die heutige Bedeutung staatlicher Territorialität vermindern. Die Diplomaten werden sich dann ihretwegen nicht mehr den Kopf zerbrechen müssen, da die Unterdrückung einer Nationalität innerhalb anderer Staaten aufhören wird. Wie wird man nun zu dem gewünschten Erdenbund gelangen?

Man muss ein supra-nationales Schiedsgericht bilden, wie es schon lang von den Pazifisten gewünscht wird. Damit dieses aber wirklich wirken und alle bewaffneten Streitigkeiten zwischen den Nationen hindern kann, muss es mit der nötigen Gewalt und Macht versehen werden, das heisst soviel, dass ihm die Heere für alles, was nicht innere staatliche Polizei ist, untergeordnet werden müssen. Es müssen sich ferner alle Bundesstaaten feierlich verpflichten, solidarisch gegen jeden Versuch, den internationalen Frieden zu brechen, vorzugehen. Ein solches Faktum kam letzthin zwischen den, unter sich verbundenen, mit den anderen kriegführenden Mächten zustande; warum sollte es für alle Kulturnationen der Welt zusammen unmöglich sein?

Aber wie kann man einen supra-nationalen Areopag oder Gerichtshof bilden? Es kann gegenwärtig nur in der Form von Abordnungen aus jeder Nation geschehen. Bis jetzt hat man die kleinen Staaten in der Weltpolitik ignoriert, sodass sie

das Interesse dafür vielfach verloren haben. Das sollte anders werden. Um ein internationales Schiedsgericht auf gerechter Grundlage zu bilden, sollte dasselbe wohl aus einem Mitglied für jede Millionenengruppe Einwohner jedes Landes, und Bruchteil darunter, bestehen. Die Analphabeten könnten wohl aus der Berechnung der Einwohner ausfallen; es würde dies die Bildungspflicht solcher Staaten, die noch Analphabeten zählen beschleunigen helfen. Nehmen wir als Beispiel einen Abgeordneten für je 5 Millionen Einwohner an. Um den sehr kleinen Staaten nicht zu viel Bedeutung zu geben, könnte man ihnen einen gemeinsamen Abgeordneten bis auf 5 Millionen zuerkennen. Es ist selbstverständlich, dass die Wahlart der Abgeordneten der freien Entschliessung jeder Nation zu überlassen wäre, welches auch die monarchische oder republikanische Art ihrer Regierung sei.

Das Schiedsrichteramt zwischen den Nationen wäre natürlich das erste Amt des supra-nationalen Bundes; aber jenes Amt schliesst die Möglichkeit nicht aus, nach und nach dem Bunde andere Kompetenzen zu erteilen. Das beste Mittel, dazu zu gelangen, ist zweifellos das Konkordat zwischen einigen der verbündeten Staaten, da wo man keine Einstimmigkeit erreichen kann. Letztere kommt nachträglich allmählich zu Stande, wenn die Sache an sich gut ist, wie man es bereits beim Weltpostverein und anderswo gesehen hat.

Die hohe Verantwortung der Abgeordneten eines supra-nationalen Areopags erfordert gebieterisch die Beschränkung ihrer Macht auf das unbedingt Notwendige, eine gut durchführbare Kontrolle ihrer Amtsführung durch die vertretenen Nationen und eine periodische Wiederwahl. Ich bin nämlich, der Ansicht, dass hochgestellte Persönlichkeiten, die eine grosse Verantwortung tragen, niemals beständig in der gleichen Amtsstelle verbleiben sollten. Nach höchstens fünf Jahren sollten sie als einfache Bürger wieder in die Reihen treten; es wäre dies das beste Mittel, eine Berausung durch die Macht zu vermeiden. Ich brauche nicht zu betonen, dass nur Menschen von hohem ethischem und intellektuellem Wert abgeordnet werden dürfen. Um dies zu erreichen, müsste man vor allem alles vermeiden, was die Eitelkeit und den Ehrgeiz des Strebertums anzieht: Titel, Orden, starke pekuniäre Vorteile und Gehälter, sowie jede Möglichkeit, seinen Einfluss zu persönlichen Zwecken zu missbrauchen. Die ganze Organisation der Abordnung erfordert ein einfaches biederes Leben, das aus Arbeit, Selbstverleugnung und Aufopferung für das soziale Wohl besteht. Wer eine solche Lebensweise nicht mag, ist nicht würdig, einer supra-nationalen Abordnung anzugehören.

Ein zweiter Hauptpunkt bleibt zu studieren, nämlich die schrittweise Entwaffnung zu Land und Meer auf der ganzen Erde. Ich sage schrittweise, da eine Erreichung des Ziels auf einmal jetzt unmöglich ist. Die erste Massregel dazu wäre, die Bewaffnungen auf eine bestimmte Zahl Männer pro Million der Bevölkerung aller Bundesstaaten zu beschränken. Verbunden mit einer strengen Kontrolle bei allen Nationen wäre dies das einzige Mittel, Missbräuche zu vermeiden und ein gerechtes Gleichgewicht zu erreichen. Nehmen wir die kleine Schweiz mit ihren zirka vier Millionen Einwohnern als Beispiel. Bei 50.000 Mann pro Million Einwohner würde sie ihre Bewaffnung auf 200.000 Soldaten beschränken müssen. Geht man weiter und gestattet nur 25.000 pro Million, so blieben ihr nur noch 100.000 Mann zu bewaffnen übrig. Das Heer soll natürlich bloss im eigenen Land zur Aufrechterhaltung der Ordnung verwendet wer-

den. Es wird aber zudem provisorisch einer eventuellen Verteidigung dienen müssen, bis die supra-nationale Organisation genügend befestigt und in den Sitten aller Völker eingebürgert sein wird. Es kann ferner als Modell für das Friedensheer dienen, das wir später besprechen werden. In denjenigen Staaten, die gegenwärtig noch barbarische oder wilde Kolonien oder Provinzen enthalten, wird ferner das Heer Plünderungen und andern ähnlichen Gefahren vorzubeugen haben, bis jene Ländereien genügend von der Kultur gezähmt sein werden. Wir kommen später darauf zurück.

Es scheint mir, das Milizsystem sei das beste Mittel, nach und nach und ohne grosse Erschütterung den gewünschten Zweck zu erreichen. So wie so verfällt das alte System der ständigen Heere mit Ziehung von Losen u. dgl. immer mehr. Dennoch haben die grossen Länder einen mehrjährigen Militärdienst, der vielfach Nachteile, besonders in Bezug auf das Sexualleben, bietet. Es scheint mir, dass die Art unserer schweizerischen Miliz, die nun erprobt ist, den besten Uebergang zu einem fortschreitenden Dauerfrieden bilden würde. Sie erlaubt jedem Bürger, seinen Beruf zu behalten, indem der Militärdienst jährlich nur einige Wochen dauert.

Zweifelsohne wäre das Ideal, allmählich, nach langjähriger Uebergangsperiode, dazu zu kommen, die Heere durch langsame Umwandlung in einer Weise, die ich in meinem V. Aufsatz behandeln werde, zu einer einfachen nationalen Polizei zu gestalten. Möge man nun dazu kommen oder nicht, immer wird eine Elite aller nationalen Heere oder Polizeien im Dienst des supra-nationalen Schiedsgerichts bleiben müssen, um jeden lokalen Friedensbruch verhindern zu können.

Indem ich die vorliegende Skizze abschliesse, mache ich mir nicht die geringste Illusion über ihren Wert. Selbstverständlich stellt sie nur die Kristallisation einiger allgemeiner Gedanken dar, die schon lange, aber besonders gegenwärtig, in der Luft liegen. Es wird die Sache solcher Personen sein, die ganz andere, das heisst fachmännische Kompetenzen besitzen, praktische und gute Reformen im ähnlichen Sinne zu verwirklichen. Ich glaube jedoch, es sei notwendig gewesen, die Dinge mit ihrem Namen zu nennen. Besser Befugte sollen dann die Irrtümer verbessern und wieder verbessern, damit schliesslich etwas Brauchbares zustande komme. Mir liegt es vor allem daran, die in den folgenden Aufsätzen enthaltenen Zusammenhänge als zukünftige Notwendigkeiten eines sozialen Reformganzen zu erläutern.

Führt Deutschland einen Eroberungskrieg?

In der letzten Nummer des *Monistischen Jahrhunderts*¹⁾ finden wir einen Aufsatz von Herrn Professor Dr. Ernst Häckel, Excellenz, Ehrenpräsidenten des deutschen Monistenbundes, über das von Deutschland zu erreichende Kriegsziel. Neben anderem wird als solches die Annexion der nordöstlichen Landesteile Frankreichs, sowie die Teilung Belgiens, resp. die Einverleibung seiner grösseren Hälfte in den Rahmen des Deutschen Reiches bezeichnet.

Wir möchten Herrn Professor Häckel, der bis Kriegsausbruch als Ehrenpräsident des deutsch-französischen Verständigungskomitees zeichnete, fragen, wie er die Zukunftsaussichten solcher deutsch-französischen Verständigung oder auch nur eines mehrere Jahre dauernden Friedens beurteile, sofern die rein französische Bevölke-

¹⁾ Verlag Unesma, Leipzig.

zung von Nordostfrankreich gegen ihren Willen, durch die Gewalt der Waffen, dem deutschen Reich einverleibt werden sollte.

Wir möchten die gleiche Frage auch an unsere deutschen Leser richten. Denn es ist für uns, die wir in Frankreich den Gedanken der Zukunftsaussöhnung mit Deutschland vertreten, überaus wichtig, auf deutsche Urteile hinweisen zu können, welche solche Pläne entschieden ablehnen. Nur wenn wir hierzu in der Lage sind, kann unsere Versöhnungsarbeit in Frankreich Aussicht auf Erfolg besitzen.

Von noch grösserer Wichtigkeit erschienen uns jedoch die auf Belgien bezüglichen Bemerkungen von Herrn Prof. Häckel, weil wir leider Grund zur Annahme zu haben glauben, dass sie — ungleich den auf Frankreich bezüglichen Sätzen — von einem grossen Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands geteilt werden. Herr Prof. Häckel schlägt die Angliederung Nordostbelgiens an Holland, Südostbelgiens an Luxemburg und der restlichen, grösseren Hälfte, also gerade der wallonischen, französisch sprechenden Landesteile Belgiens, an Deutschland vor; andere — so Maximilian Harden in der *Zukunft* — fordern einfach die Annexion Belgiens, durch das Deutsche Reich.

Wir möchten allen denen, die gleiche Pläne hegen, zu bedenken geben

1) dass durch solche Eroberungspolitik ein leidenschaftliches, freiheitsdurstiges, rassenfremdes Volkselement dem deutschen Volkskörper angegliedert und damit dauernd eine schwerwiegende innere Frage geschaffen würde, ganz abgesehen von den sittlichen Momenten, welche im Zeitalter der Demokratie gegen eine solche Unterjochung eines freien Volkes, gegen dessen ausgesprochenen Willen, zu sprechen scheinen;

2) dass irgend welcher reale Vorteil für den deutschen Bürger und Steuerzahler aus dieser Beherrschung eines fremdes Volkes kaum zu erwarten wäre. *Einen Absatzmarkt für die deutsche Exportindustrie kann das industriereiche Belgien niemals bilden.*

3) Dass eine Annexion Belgiens nur nach vollständiger Niederwerfung Englands, Frankreichs und Russlands möglich wäre, da sich die genannten Länder durch eine Ehrenverpflichtung an Belgien gebunden glauben.

Der Plan einer Annexion Belgiens steht somit allen Hoffnungen auf Friedensschluss zu absehbarem Zeitpunkt entgegen. Sogar wenn die vollständige Eroberung Frankreichs gelänge und dieses Land somit zum Frieden gezwungen würde, bliebe dann noch die Eroberung Englands zu vollziehen, die bekanntlich mit den derzeit übersehbaren Machtmitteln Deutschlands kaum zu erreichen ist.

Der gegenwärtige Krieg müsste sich also in einen dauernden latenten Fehdezustand zwischen Deutschland und England, ähnlich wie in der Napoleonischen Geschichtsepoche, verwandeln. Deutschland müsste andauernd seine Wehrmacht unter den Fahnen halten, der deutsche Exporthandel bliebe andauernd unterbunden und England würde in aller Ruhe die deutschen Märkte erobern.

Vielleicht wäre ihm ein derartiger Ausweg gar nicht so unwillkommen. Kann es aber im Interesse Deutschlands liegen, um der für die deutschen Nationalinteressen vollständig wertlosen Unterwerfung des belgischen Volkes willen die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die ein derartiger Dauerkrieg mit sich bringen würde, auf sich zu nehmen? Soll sich der gegenwärtige Kampf Deutschlands um seine Existenz in einen Eroberungskrieg verwandeln, der um des Wunsches willen, ein fremdes Land zu annektieren, weitergeführt wird?

Wir wären unsern Lesern herzlich dankbar, wollten sie uns Antworten auf diese Frage einsenden. Wir werden uns freuen, sie in der *Menschheit* und in der *Voix de l'Humanité* zum Abdruck bringen zu können. Sind sie, wie wir hoffen, in ihrer Mehrheit negativ, so mag damit vielleicht ein Schatten aus dem Wege geräumt werden, der zwischen der wachsenden Friedenssehnsucht Europas und der Wirklichkeit liegt.

D. R. d. M.

Unsere Entgegnung an Herrn Rechtsanwalt Dr. L.

in Essen.

(Schluss ¹⁾)

Herr Dr. L. schreibt:

« Vollends unbegreiflich erscheint mir Ihre Beurteilung Englands. Wenn es Russland erklärt hätte, nicht mitmachen zu wollen, hätten wir heute noch Frieden. Was ist für England ein Vertrag, was moralische Verpflichtung? Denken Sie an die Konzentrationslager im Burenkrieg, an die Aufhebung aller Verträge in Aegypten, an die Behandlung der neutralen Staaten. Wie hat England Belgien unterstützt? England will uns ruinieren und beerben! Das ist des Pudels Kern. »

Wir erwidern: England hat bekanntlich auf die französische Anfrage, ob es Frankreich gegen Deutschland unterstützen werde, erwidert dass es dies *nicht* versprechen könne. Es hat diese Erklärung offenbar deshalb abgegeben, damit die etwa bei Frankreich und Russland noch vorhandene Neigung zur Erhaltung des Friedens nicht geschwächt werde. Die Aenderung in der Haltung Englands erfolgte erst nach der Mittheilung vom Einmarsch der deutschen Armee in Belgien, in Erfüllung der von den englischen Königen eingegangenen Pflicht zum Schutze der belgischen Neutralität.

Dass ein Teil der englischen konservativen Partei den Krieg mit Deutschland aus Konkurrenzgründen gewünscht habe, glauben wir auch, aber die liberale Regierung hätte für solche Kriegserklärung, — sogar, wenn sie dieselbe gewünscht hätte. — *niemals die Mehrheit der eigenen Partei gewinnen können.* Das führende liberale Blatt, die *Daily News*, ist bis zum letzten Augenblick für die Versöhnung mit Deutschland eingetreten. Die Arbeiterpartei, gleichfalls ein wichtiger Bestandteil der Regierungspartei, hat sogar der bereits erfolgten Kriegserklärung im Parlament widersprochen und sich erst nach Abgabe eingehendster Erklärungen über die solange fortgesetzten Friedensbemühungen der Regierung endlich zufrieden gegeben. Eine neue Partei gegen den Krieg hat sich unter Führung hervorragender Liberaler eben jetzt neu gebildet.²⁾

Man kennt in Deutschland vielleicht nicht hinreichend die Stimmung in den liberalen Schichten Englands, sowie auch Kanadas, Süd-Afrikas und Australiens. *Niemals hatte man in diesen selbstverwaltenden Kolonien für einen aus Konkurrenzgründen erklärten Krieg einen einzigen Freiwilligen gestellt, ein Pfund Sterling bewilligt.* Nur die leidenschaftliche Erregung ob der Belgien widerfahrenen Behandlung (ethische Gesichtspunkte haben, sosehr das in Deutschland verkannt wird, im angelsächsischen Volk, speziell bei den Angehörigen der free churches, sehr grossen Einfluss auf die Massen) hat dies zu erzielen vermocht. Und die englische Regierung — wie immer man ihre eigenen Ansichten in Deutschland beurteile — hätte aus Gründen politischer Klugheit einen Krieg nicht beginnen können, wenn ihr Deutschland durch die Verletzung des belgischen Neutralitätsvertrages nicht das durchschlagende Argument für Umstimmung der demokratischen Schichten Englands und der Ueberseeländer geliefert hätte.

Herr Dr. L. schreibt:

« Die letzte Nr (4) bedeutet nach meiner Meinung einen Fortschritt zur Unparteilichkeit. Zum ersten mal eine französische Grausamkeit: Mir scheint, als ob der deutsche Herausgeber aus übergrosser Gewissenspflicht der Unparteilichkeit « in dubio contra Germaniam » entschiede. Oder sollte er glauben, die Deutschen mehr durch ungeschminkte Ehrlichkeit, die Franzosen mehr bei ihrer Eitelkeit fassen zu können? »

Wir erwidern: Die bössartigen Angriffe, denen wir von franzosen-freundlicher Seite in dieser letzten Zeit ausgesetzt waren, geben leider eine entschiedene Antwort auf diese These.

¹⁾ Siehe Nr. 7 und 9.

²⁾ Siehe für eingehendere Würdigung dieser hoffnungsvollen Gründung die Ausführungen in der 7. N° unserer französischen Ausgabe.

Herr Dr. L. schreibt:

« Warum zitieren Sie die *Münchener Neuesten Nachrichten*? Zeitungen, die die Friedensbewegung lächerlich zu machen suchen, gibt es in allen Ländern. »

Wir erwidern: Wir fürchten, — auf Grund täglicher Lektüre sovieler anderer deutscher Blätter — dass die Stimmung der *Münchener Neuesten Nachrichten* für die in der Mehrheit des deutschen Volkes heute herrschende Strömung charakteristisch ist. Es würde uns aber aufrichtig freuen, wenn wir uns hierin täuschen sollten; wir werden uns jedenfalls jede Mühe geben, um diese Strömung zu wandeln. Dies ist ja der Daseinszweck unseres Blattes.

Wir glauben damit, auf die wesentlichsten Gesichtspunkte des Herrn Rechtsanwalt Dr. L. erwidern zu haben und danken ihm nochmals für sein freundliches Schreiben, das diese Möglichkeiten der Klärung eröffnet hat.

Die Redaktion der *Menschheit*.

An den Weltbund für Frauenstimmrecht

z. H. seiner I. Vorsitzenden Miss Carry Chapman Catt

Offener Brief.

Den Frauen aller Nationen warme herzliche Grüsse in dieser unheilvollen blutigen Zeit.

Unter dem Druck des frevelhaft entfachten Krieges, der die Erde verheert und die Völker in Hass und Feindschaft gegen einander hetzt, treibt es uns, die Schwesterhand der Frauen zu suchen mit denen uns bisher in allen Ländern der Erde das gemeinsame Streben nach dem höchsten Ziele — persönlicher und politischer Freiheit — innig verband. Wir hoffen, dass dieses Band der Zusammengehörigkeit selbst durch diesen Krieg nicht zerrissen werden kann.

Wir fühlen uns als deutsche Frauen über den Ereignissen dieser Zeit, getragen von der ruhigen Zuversicht, welche die unerschöpfliche, moralische und physische Kraft unseres Volkes verleiht und glauben daher, dass wir die Ersten sein sollten, zur Bekräftigung des alten Bundes mit aller Herzlichkeit die Hand zu reichen.

Männer lenken die Geschicke aller Völker.

Der ganze Erdball starrt in Waffen, Europa ist zum Schlachthaus geworden. Unter den Männern hat ein Morden angehoben, wie die Welt noch keines grausiger sah.

Recht wird Unrecht, Unrecht Recht, Gesetze einfacher Menschlichkeit werden mit Füssen getreten, in Blut erstickt.

Krieg ist der fruchtbarste Nährboden für die niedrigsten Instinkte des Menschen, Krieg macht die Menschen zu Barbaren, Krieg lässt Neid, Hass und Verleumdung ihre giftigsten Blüten treiben.

Männer allein lenken die Geschicke ihres Volkes. Männer allein herrschen über Krieg und Frieden.

Uns Frauen aller Nationen trifft zu Kriegszeiten das gleiche Los, wir müssen Leben hergeben, das wir schufen, wir müssen dulden, dass schöne warme Menschlichkeit und Güte grausiger Vernichtung anheimfallen; wir müssen arbeiten, die Wunden heilen, die Männer unter Ausklügelung der raffiniertesten Vernichtungsmittel einander schlügen.

Uns Frauen aller Nationen einigt in Friedenszeiten das gleiche Los — die Entrechtung, — uns Frauen aller Nationen einigt in Kriegszeiten das gleiche Los — schweres Leid zu tragen, tragen zu helfen und zu heilen.

Wahres Menschentum kennt keinen Völkerrass, keine Völkerverachtung. Frauen stehen wahrem Menschentum näher als die Männer.

Wir wollen über den Krieg hinweg uns die schwesterliche Hand reichen, wir grüssen uns gesenkten, trauernden Hauptes, einiger denn je in dem Bewusstsein, dass nur, wenn die Frauen befreit sind und ihre Staaten lenken helfen, die Welt von der Wiederholung eines gleichen grausigen Erlebnisses verschont bleiben wird.

Anita Augspurg, Lida Gustava Heymann, Maria Solenka, Stora Max, Maria Holma-Certel. — Hamburg-Altonaer Ver. für Frauenstimmrecht. Vorsitzende, Ida Iens; Nürnberger Ortsgruppe für Frauenstimmrecht, Vorsitzende Maria Lange; Ortsgruppe Baden-Baden für Frauenstimmrecht, Vorsitzende, M. Mayer.

Verant. Verleger und Buch.: F. Ruedi, Lausanne